HT 2004: Eine „zweite Gründung“? 1968 und die langen 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik

Veranstalter: Detlef Siegfried, Christina von Hodenberg
Datum, Ort: 17.09.2004, Historikertag Kiel
Bericht von: Patrick Wagner, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Das Scharnierjahrzehnt der Bundesrepublik

Das Jahr 1968 galt lange als *die* Zäsur der bundesdeutschen Geschichte: Innerhalb kürzester Zeit sei eine durch und durch autoritäre, von Überhängen des Nationalsozialismus geprägte Gesellschaft am Ende der sechziger Jahre radikal reformiert worden. Willy Brandts Regierungsmotto von 1969 - „Mehr Demokratie wagen“ - schien eine zweite Gründung der Bundesrepublik, diesmal als partizipatorisches Projekt, zu signalisieren, und zu Trägern dieses tiefgreifenden Wandels stilisierten Protagonisten wie Kritiker die Generation der (nach 1940 geborenen) „68er“. Die zeithistorische Forschung hat in den letzten Jahren begonnen, dieses Narrativ in Zweifel zu ziehen. Neuere Studien sehen „1968“ nun eingebettet in eine längere, um 1958/59 beginnende und 1973/74 endende Transformationsphase, deren eigentliche Leistungen erst erkennbar werden, wenn man die politikgeschichtliche Verengung zugunsten einer Erweiterung des Blicks auf Phänomene des Wertewandels, der Kultur und der Lebenswelten überwindet. In einer Gegenwart, die maßgeblich von „68ern“ gestaltet wird, die ihren Anspruch auf Macht nicht zuletzt aus Leistungen bei der Demokratisierung der Bundesrepublik ableiten - man denke nur an die Bundestagsdebatten über die Vergangenheit des Außenministers -, gewinnen diese zeithistorischen Neuvermessungen eine gewisse Brisanz: Übernimmt doch in ihnen statt der „68er“ die diesen vorangegangene Generation die Rolle der (zwar weniger theatralischen, dafür aber um so wirkungsmächtigeren) „Helden“, nämlich die um 1930 geborenen, als Jugendliche vom Ende der NS-Herrschaft geprägten und um 1960 in die Chefetagen der Gesellschaft einziehenden „45er“ (Dirk Moses).

Vor diesem Hintergrund stellte die von Christina von Hodenberg (Berkeley) und Detlef Siegfried (Hamburg) konzipierte und von Christoph Kleßmann (Potsdam) moderierte Sektion die Frage nach Feldern, Reichweiten und Akteuren des bundesdeutschen Wertewandels während des „Scharnierjahrzehnts 60er Jahre“ (Siegfried) sowie nach dem Verhältnis dieser längerfristigen Prozesse zum Symboljahr 1968. In der Auswahl der mitunter durchaus provokativen, aber immer empirisch gut abgesicherten Beiträge kamen die unterschiedlichen Facetten der neueren Forschung auf diesem Gebiet exemplarisch zum Ausdruck, von der „sexuellen Befreiung“ über die Populär- und Gegenkultur bis zum Einfluß der Massenmedien. Alle Beiträge verband die Annahme, dass die Auseinandersetzung der „45er“ wie „68er“ mit der NS-Vergangenheit einen Schlüssel zum Verständnis des Wertewandels bildet.

Der Nationalsozialismus, mit dem man sich jeweils auseinandersetzte, war freilich ein gemäß der aktuellen Bedürfnisse zurechtkonstruierter, wie Dagmar Herzog (Ann Arbor) am Beispiel der Debatten um Sexualmoral deutlich machen konnte. Um das Bedürfnis nach sexueller Emanzipation politisch zu adeln und die repressiven Sexualnormen der Kirchen zu delegitimieren, „erfanden“ die Sexualreformer der 60er Jahre einen sexualpolitisch durchweg repressiven Nationalsozialismus. Demgegenüber betonte Herzog, dass Nationalsozialismus und Krieg die Spielräume sexueller Kontakte für heterosexuelle Deutsche beträchtlich erweitert hatten. Die Auflockerung der Sexualmoral überdauerte den Zweiten Weltkrieg und schlug sich am Beginn der 50er Jahre in einer exorbitanten Zahl illegaler Abtreibungen nieder. Die Kirchen (als hierfür „zuständige“ Institutionen des Konservatismus) setzten erst allmählich eine Rückkehr zur rigiden Sexualmoral des Wilhelminismus durch - einerseits um die Gesellschaft zu restabilisieren, andererseits um die vermeintliche Resistenz des eigenen Lagers gegenüber dem Nationalsozialismus zu betonen. Indem die Kirchen das NS-Regime als amoralisches Konglomerat von Massenmord und sexuellen Tabubrüchen deuteten, lenkten sie den Blick auf das einzige Themenfeld, auf dem sie in der Tat konsequent Distanz zum Nationalsozialismus gehalten hatten, die Sexualpolitik, und verdeckten die breiten Zonen ihrer Zustimmung zum Regime.

Zu Anfang der 60er Jahre geriet die gerade erst reetablierte rigide Sexualmoral massiv unter Druck, als die Erfindung der Anti-Baby-Pille den Nexus von Sexualität und Fortpflanzung erstmals verläßlich aufzuheben versprach und Medien sowie Werbung verstärkt auf sexuell stimulierende Bilder setzten. Um die sexuelle Emanzipation gegenüber den Legitimationsstrategien des christli-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

chen Konservatismus durchzusetzen, bedurfte es aber einer erneuten Umdeutung des Nationalsozialismus. Er wurde nun von den Sexualreformern als Inkarnation repressiver Sexualmoral interpretiert. Das vermeintlich offen sichtbare Spießertum der Angeklagten im Auschwitz- und anderen NS-Prozessen schien einen Zusammenhang von Verklemmtheit und Völkermord plausibel zu machen. Den Kirchen warf man vor, die „Sprache des Faschismus“ zu sprechen, wenn sie Prüderie predigten. Gegenüber der Wucht dieser durch die Medien popularisierten Kritik wichen die Kirchen zurück und stützten mit einem schrittweisen Umdenken den in Opposition zu ihnen in Gang gekommenen Wertewandel ab.

Wilfried Mausbach (Berlin) erweiterte in seinem Vortrag zur Rolle der NS-Vergangenheit für die Weltsicht und Selbstverortung der „68er“ die von Herzog exemplarisch formulierte Erkenntnis zu einem allgemeineren Modell: Die „Revolte“ am Ende der 60er Jahre richtete sich zwar gegen jene autoritären „Mentalitätsüberhänge“ und traditionellen Normsysteme, mit deren Hilfe sich die bundesdeutsche Gesellschaft angesichts eines dynamischen Wandels in Politik, Wirtschaft und Sozialstruktur vermeintlich bleibender Werte und Ordnungen versichert und versucht hatte, die kulturellen Folgen der Moderne einzuhegen. Aber die Träger der Revolte identifizierten diese autoritären Elemente der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung gerade nicht mit dem Kaiserreich, aus dem sie stammten, sondern mit dem Nationalsozialismus. Damit gelang es ihnen, diese autoritären Elemente so gründlich zu delegitimieren (und ihre Verteidiger als „Nazis“ zu stigmatisieren), dass ihre Überwindung in relativ kurzer Zeit gelang.

Wie Mausbach zu Recht betonte, geschah dies um den Preis einer Trivialisierung des Nationalsozialismus, da letztlich alles und jeder (außerhalb der eng definierten eigenen Reihen) nun mit dem Etikett „faschistisch“ oder „faschistoid“ behängt werden konnte, sei es der Fahrscheinkontrolleur in der Straßenbahn, sei es der amerikanische GI in Vietnam. Wo die „45er“ um 1960 im Zuge der beginnenden NS-Prozesse noch versucht hatten, die Taten und Täter der NS-Vernichtungspolitik konkret zu benennen, verwandelten die „68er“ diese Politik in das beliebige Glied einer langen Kette „imperialistischer Verbrechen“ und erklärten sie mit einer nivellierenden Faschismustheorie. Allerdings übermannte der Drang zur Differenz auslöschenden Generalisierung auch den Historiker Mausbach und verführte ihn dazu, die „68er“ qua Zitatcollage pauschal mit dem Etikett eines linken Antisemitismus zu behängen und daneben implizit eine Art Vergleichsverbot für Kriegsverbrechen auszusprechen - zumindest ist dem Berichterstatter unklar geblieben, warum das deutsche Massaker in Oradour 1944 und ein Massaker der US-Armee in einem vietnamesischen Ort der 60er Jahre nicht miteinander in Beziehung gesetzt werden dürfen. Auch für den Nationalsozialismus erscheint doch eine Differenzierung in die Verbrechen des Völkermords - Stichworte Babi Jar und Auschwitz - und solche der Kriegsführung - Stichwort Oradour - analytisch sinnvoll. Erst diese Differenzierung ermöglicht dann eine kritische Analyse jener von Mausbach zitierten „68er“-Texte, in denen der vermeintliche „Völkermord“ der USA in Vietnam ja in der Tat häufig (aber keineswegs durchgängig) in falsche Analogie zur NS-Vernichtungspolitik gesetzt wurde. Wiederum zu Recht wies Mausbach der „Neuen Linken“ den Versuch nach, die eigene Politik zum nachholenden Widerstand gegen den nationalsozialistischen Völkermord zu stilisieren, ohne sich dessen Dimension wirklich zu stellen.

Die Vorträge von Detlef Siegfried und Christina von Hodenberg konzentrierten sich auf die Mechanismen und Kanäle, durch die sich die zunächst von (jugendlichen) Minderheiten hervorgebrachten „unkonventionellen Stile und Gedanken“ während der 60er Jahre in Massenphänomene und schließlich in Elemente der Mehrheitskultur verwandelten. Während Siegfried sich dem Verhältnis von „Gegenkulturen und Massenkultur in der Konsumgesellschaft“ widmete, galt Hodenbergs Interesse den Massenmedien und ihrem journalistischen Personal.

Detlef Siegfried betonte die zentrale Bedeutung ökonomischer Rahmenbedingungen für die Kulturrevolution der 60er Jahre. Erst die nun verwirklichte Konsumgesellschaft schuf jene Freiräume zur individuellen Entfaltung - Wohlstand und zunehmende Freizeit -, in denen Gegenkulturen sich in Mehrheitskulturen verwandeln konnten. Und erst die in diesem Kontext boomende Konsumgüterindustrie vermochte diesen Wandlungsprozeß zu vermitteln. Im Verlauf der 60er Jahre etablierte sich eine Arbeitsteilung zwischen dem kulturellen „Underground“ jugendlicher Minderheiten und der Kulturindustrie, die es letzterer ermöglichte, den eigenen Bedarf an immer neuen Produkten durch die aus dem Geist der Revolte geborenen Innovationen der erstgenannten zu decken.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Ein paradigmatischer Ort dieses Vermittlungsprozesses war etwa der 1962 auf der Großen Freiheit in Hamburg-St. Pauli gegründete Star-Club, über den nicht nur die Beatles den Weg zu Radiosendern und etablierten Platten-Labels fanden.

Obwohl der stärker politisierte Teil der jugendlichen Subkulturen diese Vereinnahmung durch die Konsumgüterindustrie kritisierte und den Anspruch „Gegen“-Kultur zu sein betonte, gelang der „Neuen Linken“ der Durchbruch zur Massenwirkung erst dadurch, dass der popularisierte „Underground“ auch in seiner kulturindustriellen Form der „Sound eines neuen Lebens“ geblieben war. Die jugendlichen Avantgarden, seien es Popmusiker oder die ab 1965 auf den Plätzen westdeutscher Großstädte demonstrativ müßig gehenden „Gammler“, formulierten letztlich nur in zugespitzter Form einen sich vor dem Hintergrund der Konsumgesellschaft auch in der Mehrheitsgesellschaft durchsetzenden Trend: die Abkehr von konservativen Askesekonzepten, die das Leben auf Entsagung und Pflichterfüllung reduzierten und die Hinwendung zu hedonistischen Lebensstilen der Freizeit und Muße. Erst auf dieser Grundlage gelang zwischen 1967 und 1969 die „Kernfusion ganz verschiedener Tendenzen der kulturellen Revolution“ als „Fusion von Revolution und Lebensgenuß” mit Breitenwirkung.

Für die Massenmedien (Fernsehen, Rundfunk, Zeitschriften) konstatierte Christina von Hodenberg eine Entwicklung vom „Konsensjournalismus“ der 50er zur medialen „Zeitkritik“ der 60er Jahre, deren Träger sie in Journalisten der „45er“-Generation ausmachte. Während die Chefredaktionen der Zeitschriften, Fernseh- und Radioprogramme in den 50er Jahren auf die einverständliche Zusammenarbeit mit den politischen Autoritäten setzten und Konflikte scheuten, setzte sich ab Anfang der 60er Jahre eine Konzentration auf Regierungskritik, die Austragung von Konflikten und die offensive Werbung für Pluralismus durch. Die ersten regierungskritischen Fernsehmagazine („Panorama“ und „Report“) gingen erst ab 1960 regulär auf Sendung, und die Auflage des einzigen Wochenmagazins, das von Beginn an auf Kritik und Konflikt gesetzt hatte, des „Spiegel“, stieg erst ab 1961 deutlich an.

Der Siegeszug der journalistischen „Zeitkritik“ basierte auf zwei Grundlagen: der ab Anfang der 60er Jahre steigenden Nachfrage der Konsumenten einerseits und dem gleichzeitigen Generationswechsel in den Chefredaktionen andererseits. Der Neuaufbau der Medienlandschaft nach 1945 hatte einer neuen Generation von Journalisten den Weg geebnet, den in den 20er und frühen 30er Jahren geborenen. Als erste Journalistengeneration waren sie nicht mehr in den Vorkriegsmedien sozialisiert worden, waren zu jung, um sich im Nationalsozialismus exponiert zu haben und hatten das Kriegsende - nach Kindheit und Jugend unter dem NS-Regime - als Chance wie Zwang zur Umorientierung erfahren. Ab Anfang der 60er Jahre stiegen diese „45er“ in Führungspositionen auf und trieben die Wende zu einem Selbstverständnis der Medien als Kritiker und Kontrolleure politischer, ökonomischer und moralischer Macht voran. Ein beträchtlicher Teil dieser Journalisten bemühte sich 1967/68 darum, Verständnis für die studentische Revolte zu wecken und akzeptierte die aus deren Umfeld kommenden jungen Kollegen als willkommene Bündnispartner einer medialen Demokratisierung, die sie selbst bereits lange zuvor eingeleitet hatten. Tatsächlich führte der Einzug von „68ern“ in die Massenmedien in den 70er Jahren zur endgültigen Ablösung überkommener journalistischer Traditionen. Mit dem Konzept des „engagierten“, d.h. für die Unterprivilegierten Partei ergreifenden und das „schläfrige Publikum“ vom Ü-Wagen vor Ort aus politisierenden Journalismus entwickelten sie die Konzepte der „45er“ weiter. Die Liberalisierung der medialen Öffentlichkeit erwies sich damit letztlich als generationsübergreifendes Projekt und langgestreckter Prozeß.

In der Summe zeichneten die Referenten das konzeptionell plausible und empirisch breit abgesicherte Szenario eines über etwa 15 Jahre gestreckten Umgründungsprozesses der Bundesrepublik, an dessen Ende die westdeutsche Gesellschaft zu den pluralistischsten, vielleicht auch liberalsten der westlichen Welt gehörte. Die „68er“-Bewegung war lediglich eines der Elemente dieses Prozesses - und im Vergleich mit den sich weniger dramatisch in Szene setzenden „45ern“ vielleicht nicht einmal das wirkungsmächtigste. Das Symbol „1968“ mag eingängig sein, ist aber doch ein Symbol, das viele der fundamentalen Wandlungen der „langen 60er Jahre“ verfehlt.

Freilich wurde in den Diskussionen der Sektion auch deutlich, wo die Grenzen der hier offerierten Interpretation liegen. Zum einen rekonstruiert sie zumeist Phänomene als Elemente einer spezifisch (west)deutschen Entwicklung, die - wie z.B. die „sexuelle Revolution“, aber auch die Abfolge einer Reetablierung konservativer Werte unmittelbar

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

nach 1945 und einer um 1960 einsetzenden emanzipatorischen Gegenbewegung - gemeinsame Entwicklungstendenzen aller westlichen Gesellschaften bildeten. Insofern greifen Erklärungsmodelle, die das deutsche Spezifikum NS-Vergangenheit ins Zentrum rücken, offensichtlich zu kurz. Eine transnationale Historiographie über transnationale Phänomene ist also unbedingt ein Desideratum, aber ohne nationalgeschichtliche Vorarbeiten wie die hier für die Bundesrepublik geleisteten wird sie wiederum kaum praktikabel sein.

Zum anderen konzentrieren sich die neueren Studien zur Transformation westlicher Gesellschaften nach 1945 in auffälliger Weise auf Phänomene der Kultur, der Mentalitäten oder der Alltagswelten unter weitgehender Ausblendung der (welt)wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder der Strukturen sozialer Ungleichheit. Dies trifft nicht nur auf die meisten hier vorgestellten Beiträge zu, sondern auf die große Mehrzahl ähnlicher Untersuchungen. In der Regel wird vorausgesetzt, dass die jeweils analysierten Wandlungsprozesse „etwas“ mit solchen sozioökonomischen Prozessen zu tun haben, aber weder werden die letztgenannten Prozesse selbst zum Thema, noch wird präzisiert, wie die Wechselbeziehungen zwischen diesen Sphären zu denken wären. Der von Detlef Siegfried exemplarisch unternommene Versuch, die Wechselwirkungen zwischen der Ökonomie der Konsumgesellschaft und Phänomenen des kulturellen und Wertewandels nachzuzeichnen, deutete einen gangbaren Weg zur Überwindung solcher analytischer Defizite immerhin an. Plausibel erscheint auch die Überlegung, dass die Gesellschaftsutopien der „68er“ auf der durch die Erfahrung mit einer expandierenden Konsumgesellschaft geschaffenen Überzeugung beruhten, materielle Grenzen politischer Gestaltung seien künftig nicht mehr existent. In eine ähnliche Richtung wies der während der Diskussion von einem Wirtschaftshistoriker gemachte Vorschlag, die Bereitschaft westlicher Gesellschaft zur Liberalisierung ihrer Normgefüge damit zu erklären, dass erst das Ende ökonomischer Knappheit am Ende der 50er Jahre die durchaus rationalen Gründe restriktiver Normen beseitigte. Eine engere Verklammerung von Kultur-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte würde auch der Zeitgeschichte zu plausibleren Erklärungsmodellen verhelfen; es muß ja nicht immer eine ebenso voluminöse wie hermetische Gesellschaftsgeschichte am Ende stehen.

Tagungsbericht *HT 2004: Eine „zweite Gründung“? 1968 und die langen 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*. 17.09.2004, Historikertag Kiel. In: H-Soz-u-Kult 15.10.2004.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.